

nr. 1 – februar 2014

ecke müllerstraße

[Seite 3:](#) 13. Februar – Veranstaltung Rathausvorplatz [Seite 6/7:](#) Stadtrat v. Dassel im Interview
[Seite 8:](#) Bosiljka Schedlich zu Roma in Berlin [Seite 11:](#) Filmische Liebeserklärungen



Ch. Eckelt

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Müllerstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



Welche Ecke?

Wo hat unser Fotograf dieses Foto aufgenommen? Wer es weiß, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: ecke müllerstraße, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir das Magazin »Der Wedding«. Einsendeschluss ist Montag, der 3. März 2014. Unsere letzte Rätseldecke zeigte den Blumenladen am Städtischen Urnenfriedhof. Gewinner ist Christine Fröse. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen zugesandt.

www.muellerstrasse-wedding.de

Das Engagement für die StandortGemeinschaft bietet zahlreiche Vorteile

Die neue StandortGemeinschaft Müllerstraße ist endlich im Internet. Unter www.muellerstrasse-wedding.de findet sich eine ansprechende Website mit Neuigkeiten über den Verein der Gewerbetreibenden: zum Beispiel die nächsten Termine der monatlich stattfindenden Händlerfrühstücke. Zudem kann man sich über die Mitglieder des Vereins informieren: Da hat sich bereits eine engagierte Truppe zusammengefunden, die unter dem Vorsitz von Hanna Dobslaw vom Kino »Alhambra« derzeit an weiteren Aktionen für die Geschäftsstraße arbeitet. Ein Ziel ist natürlich, für die StandortGemeinschaft weitere Mitglieder zu gewinnen. Das können Händler, Dienstleister, Anwälte, Ärzte, Künstler und andere Gewerbetreibende sein, angesprochen sind explizit aber auch Hauseigentümer. Der Mitgliedsbeitrag beträgt lediglich 10 Euro im Monat, dafür kann man unter anderem auf der Website auf sein Unternehmen hinweisen und an gesellschaftlichen Ereignissen wie »Members and Friends«-Treffen teilnehmen

Für den Sommer ist auch ein Workshop zum Thema »Tourismus« in Planung. Derzeit wird mit Mitteln des Aktiven Zentrums an einer Imagekampagne gearbeitet, die im Frühjahr starten soll. Werbemittel (eine Papier-Einkaufstüte und eine Postkartenserie) sind bereits produziert, andere werden folgen. Sie stehen auch Nichtmitgliedern zur Verfügung. Die Papiertüte soll aber zum Beispiel auch zur »Empfangstüte« für neu Zugezogene weiterentwickelt werden, in der man neben umfangreichen Informationen über dem Bezirk auch solche über Unternehmen der Mitglieder finden kann. Ein Antrag auf Mitgliedschaft sollte auf der Website herunterzuladen sein, ansonsten kann man sich aber auch direkt an die Geschäftsstelle wenden:

StandortGemeinschaft Müllerstraße
Dr. Dorothee Böttges-Papendorf,
Müllerstraße 138 B, 13353 Berlin
Telefon (030) 288 76 99-0,
info@muellerstrasse-wedding.de

Termine

Runder Tisch Leopoldplatz

Dienstag, 18. Februar, 19 Uhr,
Volkshochschule Wedding, Antonstraße 37,
Raum 302

Händlerfrühstück des Geschäftsstraßenmanagements

Mittwoch, 5. März, 7:30 Uhr, Ort bitte beim
Geschäftsstraßenmanagement erfragen!

Sitzung der Stadtteilvertretung Müllerstraße

Donnerstag, 6. März, 19 Uhr, Volkshochschule
Wedding, Antonstraße 37, Raum 302

Sprechstunde der Stadtteilvertretung

Jeder 1. und 3. Montag im Monat (also: 17.2.,
3.3., 17.3.) von 18–20 Uhr im Vor-Ort-Büro
Triftstraße 2

ecke im Netz: Im Internet findet man alle
bisher erschienenen Ausgaben der ecke
müllerstraße unter www.muellerstrasse-aktiv.de/zeitung-eckemuellerstrasse

Nächster Redaktionsschluss:

24. Februar 2014

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin,
Abteilung Stadtentwicklung

Redaktion: Christof Schaffelder,
Ulrike Steglich

Redaktionsadresse:

»Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich,
Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin

Tel (030) 44 01 06 05, eckemueller@gmx.net

Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Tanja Schnitzler, tanjaschnitzler@yahoo.de

Entwurf und Gestaltung:

capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Henke Druck,
info@henkepressdruck.de

Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht
der Herausgeber, sondern die Redaktion
verantwortlich.

Weddinger Wohnzimmer einrichten!

Informationsveranstaltung zur Neugestaltung des Rathausplatzes



Am Donnerstag, dem 13. Februar, wird ab 18 Uhr im Walther-Rathenau-Saal des Rathauses Wedding der aktuelle Planungsstand zur Neugestaltung des Rathausplatzes vorgestellt. Dabei erhoffen sich die Architekten des Büros ANNABAU sinnvolle Anregungen von Anwohnerinnen und Anwohnern, die mit dem Platz und dessen tatsächlicher Nutzung vertraut sind. Zwar ist die grundsätzliche Gestaltung bereits beschlossen – an der Auswahl des Siegerentwurfs unter 20 Vorschlägen war auch die Stadtteilvertretung beteiligt. Am Vorabend der Juryentscheidung wurden die Entwürfe in einer öffentlichen Bürgerveranstaltung diskutiert. Aber im Detail sind noch viele Fragen offen. Und gerade an Details entscheidet sich in der Realität häufig, ob öffentliche Räume von der Bevölkerung angenommen werden oder nicht.

Der Grundentwurf für den Rathausplatz gliedert diesen in vier klar voneinander unterscheidbare Teilflächen »Wir haben uns die eigentlich recht große Fläche rund um den Turmbau als eine Art städtisches Wohnzimmer vorgestellt, die einzelnen Elemente verdichtet und sie als unterschiedliche städtische Erlebnisräume angeordnet,« erklärte Architekt Moritz Schloten nach der Prämierung des Siegerentwurfs die Herangehensweise seines Büros. Jetzt geht es sozusagen um die konkrete Möblierung dieses Wohnzimmers, und dabei sind natürlich die künftigen Nutzer besonders gefragt.

»Zum Beispiel interessiert uns die Frage, wie Sitzgruppen auf dem Vorplatz sinnvoll angeordnet werden können. Wer benutzt die Bänke dort jetzt und wie? Worauf sollen wir besonders achten?«, fragt die Landschaftsarchitektin Sofia Peterssen, die zusammen mit Moritz Schloten das Büro ANNABAU betreibt. Vor dem ehemaligen Rathausurm (dem künftigen Jobcenter) und der künftigen Mittelpunktbibliothek wird ein offener, steinerner Stadtplatz entstehen, der auch für öffentliche Veranstaltungen flexibel nutzbar sein soll. Mit der Betreiberin des Cafés »Simit Evi«, dem Jobcenter und den Mitarbeitern der Bibliothek hat ANNABAU bereits ausführliche Gespräche geführt, um deren Interessen so weit wie möglich in die Planung aufzunehmen.

Entlang des Rathaus-Altbaus auf der (hier offiziell immer noch so genannten) Limburger Straße entsteht eine schattige Baumallee mit unterschiedlichen Aufenthaltsmöglichkeiten und Angeboten. Ein Teil dieser Allee sollte als Außenfläche der Galerie Wedding im Rathaus-Altbau nutzbar sein. Doch insgesamt soll sich hier das bereits

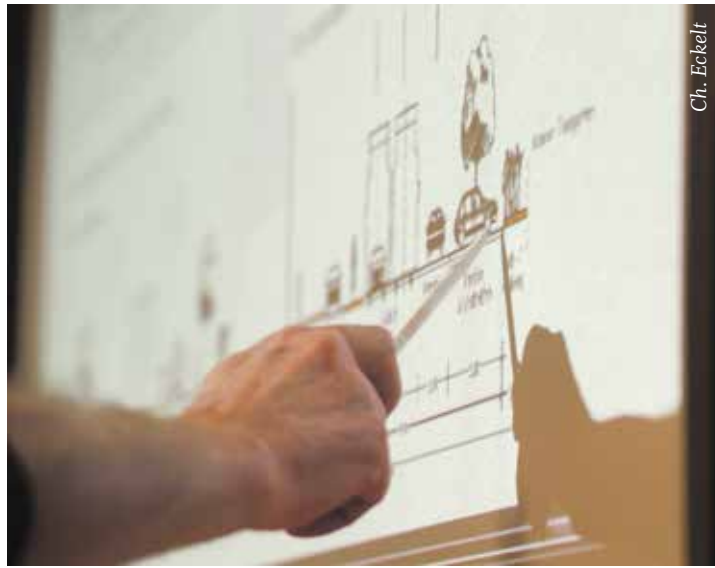
mit zahlreichen Bewegungselementen ausgestattete »Aktionsband« entlang der Nazarethkirchstraße auf dem Leopoldplatz fortsetzen. Die Angebote sollen sich, so die Idee der Architekten, vor allem an ein erwachsenes Zielpublikum richten. Aber welche Angebote könnten das sein?

Zwischen Turmbau und Beuth-Hochschule soll der dritte Teil des Platzes den Charakter einer sonnigen Liegewiese bekommen. »Die wollen wir so einfach wie möglich gestalten und nicht zu viel vorgeben,« erklärt Sofia Peterssen, »denn zu viele Elemente würden hier nur stören.« Der Bereich ist nach Südwesten hin orientiert und deshalb vor allem nachmittags gut besonnt. Das dürfte schon ausreichen, um die Wiese z.B. für Studenten attraktiv zu machen.

Besonders spannend wird die konkrete Gestalt des vierten Bereiches, dem »Lesegarten« zwischen Jobcenter und Bibliothek. Hier stellt sich ANNABAU einen Freiraum vor, in dem man auch unkompliziert WLAN-Verbindung findet: mittels Laptop, E-Book oder Smartphone soll man leicht Verbindung ins Internet bekommen. Das Angebot richtet sich auch an Kinder und Jugendliche, die in der Bibliothek ein entsprechendes reichhaltiges Angebot vorfinden werden. Deshalb wird für diesen Abschnitt ein gesondertes Verfahren der Kinder- und Jugendbeteiligung durchgeführt. Das Jugendamt Mitte hat geschulte Mitarbeiter, die sehr genau wissen, wie man solche Verfahren erfolgreich durchführt, und zum Beispiel auch die Kinderbeteiligung beim neuen Spielplatz auf dem Leopoldplatz organisiert haben.

Mit dem vorhandenen Baumbestand geht das Büro ANNABAU grundsätzlich sehr sorgfältig um. Einige Bäume werden jedoch gefällt werden müssen, weil sie zum Beispiel die Feuerwehrezufahrt für den Bibliotheksneubau versperren oder die Geländeneivellierung nicht überleben würden. Diese wird an einigen Stellen notwendig, um die öffentlichen Gebäude barrierefrei auch Menschen mit Behinderungen zugänglich zu machen. Mit Hilfe eines Baumschutzgutachtens wird zudem gerade geklärt, welche Bäume so krank sind, dass sie in naher Zukunft gefällt werden müssten. cs

Informationsveranstaltung zur Neugestaltung des Rathausplatzes
Donnerstag, 13. Februar, 19 Uhr, Walther-Rathenau-Saal im Rathaus
Wedding, Müllerstraße 146. Ab 18 Uhr können die aktuellen Pläne
eingesehen werden.



Ch. Eckert

Die Straßenbahn blockiert

Erstmals informierte die Senatsverwaltung auf einer öffentlichen Veranstaltung zur Tram-Planung in Moabit

Kommtse oder kommtse nicht? Oder kommtse wieder? Die Straßenbahn nämlich. Das haben sich viele Moabiter in den letzten Jahrzehnten gefragt. Irgendwann hörten dann aber viele auf zu fragen. Und ein bisschen deprimierend ist es schon zu hören, dass sich mittlerweile seit über 20 Jahren Engagierte mit der Frage herumschlagen, ob, wann und wo jemals wieder eine Straßenbahn durch Moabit fahren wird.

Denn früher fuhren Straßenbahnen durch Moabit, doch mit dem Mauerbau und der »autofreundlichen Stadt« starb auch die Tram. Nach dem Mauerfall wurden Neuplanungen aufgelegt.

Aber als schon niemand mehr wirklich mit der Realisierung gerechnet hatte, setzte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung plötzlich die Verlängerung der Tram vom Nordbahnhof über den Hauptbahnhof bis zum U-Bhf. Turmstraße wieder auf die Agenda – und seit letztem Jahr mit höchster Priorität.

Ob man sich darüber noch freuen sollte, wird inzwischen von einigen Anrainern arg bezweifelt – vor allem hinsichtlich der Baustellen, die dann vermutlich über Jahre die Straße blockieren werden.

Aber vor allem trieb der plötzliche Sinneswechsel in der Senatsverkehrsverwaltung auch die Sanierungsbeteiligten in Mitte zur Verzweiflung: Denn inzwischen hatten diese mit viel Arbeitsaufwand und breiter Bürgerbeteiligung Verkehrskonzepte für das AZ-Gebiet rund um die Turmstraße entwickelt, u.a. zur Verkehrsberuhigung im Gebiet oder zur Neugestaltung des Markthallenumfeldes.

Und nun lag plötzlich alles wieder auf Eis: Weil die Senatsverwaltung jahrelang alle möglichen Varianten geprüft hatte, wie die künftige Trasse verlaufen könnte – ob über die Turmstraße oder Alt-Moabit –, wo die Straßenbahn ihren Wendepunkt finden könnte (allein dafür wurden 14 mögliche Varianten vorgeschlagen), und wann und wie das Tram-Vorhaben überhaupt realisiert werden kann.

Wer mit ansehen muss, wie zäh und träge sich seit Jahren allein die kurze Tram-Baustelle vom Nord- zum Hauptbahnhof zieht (mal ganz abgesehen von den zähen öffentlichen Planfeststellungsverfahren und den zahllosen Widersprüchen zuvor) ist angesichts dieses Vorhabens zu Recht eher skeptisch.

Immerhin: nach einem Jahr konsequenten Schweigens der zuständigen Senatsverwaltung gegenüber dem Bezirk Mitte gab es im Januar plötzlich doch ein öffentliches Signal: Die Senatsverwaltung erlaubte tatsächlich – auch zur Überraschung des Bezirksamts Mitte – einem ihrer zuständigen Mitarbeiter, den derzeitigen Stand der Verkehrsplanung öffentlich, auf dem monatlichen Stadtteilplenum des »Moabiter Ratschlags e.V.« im Stadtschloss Moabit vorzustellen.

Matthias Horth von der Senatsverwaltung für Verkehr präsentierte den derzeitigen Planungsstand – und war auch sehr zugänglich für die Diskussion mit engagierten Bürgern. Die ging ins Detail, schließlich kennen die Moabiter ihren Kiez am besten.

»Noch nichts Verbindliches«

Aber solange man nicht mal in der Senatsverwaltung weiß, ob die Trasse nun über Alt-Moabit oder doch über die Turmstraße führen soll, wo sie endet, wann und wo sie weiterführen soll, welche Wendeschleifenvariante favorisiert wird, wie das alles überhaupt finanziert und wann gebaut werden soll, sind kleinteilige Debatten relativ sinnlos. Da war die Grundsatzdebatte wesentlich interessanter, ob es sich überhaupt lohnt, neue Tram-Trassen statt der bisherigen Buslinien durch das Gebiet zu ziehen und welche Vorzüge das eine oder das andere Verkehrsmittel hat.

»Da kann ich Ihnen jetzt leider noch nichts Verbindliches sagen«, war ein Satz, den Horth leider (als Überbringer schlechter Nachrichten) immer wieder sagen musste. Per Beamer zeigte er diverse Varianten zu den Straßenbahnüberlegungen. Zu diesem Sachstand passten prima die bunten Seifenblasen, die in den Beamer-Pausen über die Präsentation flimmerten.

Das grundlegende Problem ist: Solange die Straßenbahn in Moabit auch nur eine flimmernde Seifenblase ist, sind alle anderen kleineren konkreten, bereits geplanten und finanzierten Verkehrsvorhaben wie Verkehrsberuhigung, Radwege, neue Stellplatzordnungen, Straßenumbau etc. komplett lahmgelegt. Die Mittel dafür stünden aus dem AZ-Förderprogramm bereit – doch sie werden verfallen, wenn sie nicht innerhalb weniger Jahre abgerufen werden. Die Finanzierung und Planung der Straßenbahn steht dagegen noch völlig in den Sternen. us

Smart Form: Beuth-Hochschule in der Galerie Wedding

Zwei Masterklassen aus dem Studiengang Architektur der Beuth-Hochschule zeigen ihre Arbeiten im Bereich »Experimentelles Gestalten und Multimediale Projektpräsentation«. Dafür nutzen sie die neuesten technischen Entwicklungen wie 3D-Druck und sind so in der Lage räumliche Strukturen zu präsentieren, die mit klassischen Methoden kaum oder gar nicht herzustellen sind. Der Besucher erhält so einen Eindruck von den Möglichkeiten, die sich aufgrund der neuen Fertigungsmethoden nicht für die Architektur ergeben, und die wahrscheinlich unsere Zukunft nachhaltig prägen werden – auch in der Kunst, die damit freilich ein weiteres Stück von ihren Wurzeln im Handwerk wegrücken wird. Die Ausstellung eröffnet am Freitag, dem 7. Februar um 19 Uhr und ist zwischen dem 11. Februar und dem 8. März zu besichtigen. cs

»Galerie Wedding – Kunst & Interkultur«, Rathaus Wedding, Müllerstraße 146, Di bis Sa 12–18Uhr, Eintritt frei

Kommentar

Ende eines Wohnungsmarktmärchens

Der Immobilienmakler Dr. Bisser Stolarow war noch Jahre später äußerst stolz auf sich: Er hatte im Jahr 2002 das Berliner Zweckentfremdungsverbot zu Fall gebracht. Vor dem Verwaltungsgericht hatte er dagegen geklagt, dass ihm die Umwandlung einer Wohnung zu Gewerberaum in einem Sanierungsgebiet von Mitte verweigert wurde – und er erhielt Recht. So wurde das Gesetz, das bis dahin die Zweckentfremdung von Wohn- zu Gewerberaum unter Genehmigungspflicht gestellt hatte, für die gesamte Stadt gekippt. Nicht nur in Mitte, sondern in allen Innenstadtbezirken löste die Nachricht Entsetzen aus. Den Investoren standen ja längst Dollarzeichen in den Augen – insbesondere der Ostteil der Innenstadt war seit dem Mauerfall höchst attraktiv und Gewerbenutzungen lukrativer als Wohnmieten.

Doch schon zuvor war eine andere, große Umwandlungswelle angebrochen: spätestens seit 1999, als die steuerlichen »Sonderabschreibungen Ost« ausliefen, waren massenhafte Umwandlungen von Miet- zu Eigentumswohnungen nach Sanierung zu beobachten.

Beide Probleme waren politisch verursacht: Eigentumsbildung war das vielbeschworene Nachwendecredo der SPD-Wohnungspolitik. Und geradezu gebetsmühlenartig leierten der damalige Stadtentwicklungssenator Peter Strieder und seine Nachfolgerin Ingeborg Junge-Reyer (beide SPD) das Märchen von angeblich 100.000 leerstehenden Wohnungen, einem ganz entspannten Wohnungsmarkt und niedrigen Mieten herunter. Doch die absurde Leerstandsanzahl, die sich trotz Zuzugs über die Jahre merkwürdigerweise kaum verän-

derte, war ein Fake: sie beruhte lediglich auf einer Angabe von Vattenfall über stillgelegte Stromzähler. Jeder konnte schon Mitte der 2000er Jahre wissen, dass insbesondere bezahlbare Mietwohnungen in der Innenstadt knapp wurden. Doch erst zahlreiche Proteste aus der Bevölkerung gegen die Wohnungsnot schreckte die Landespolitik vor der letzten Wahl auf – da war die Leerstandsquote schon längst unter die normale Fluktuationsrate von 3% gesunken.

Nun wurde vom Land Berlin endlich ein neues Zweckentfremdungsverbotsgesetz beschlossen. So ein Gesetz ist eine feine Sache – wenn es denn auch umgesetzt werden kann. Mit lediglich ein bis zwei zusätzlichen Mitarbeitern pro Bezirk, wie vom Senat ursprünglich vorgesehen, ist das angesichts der Größenordnung der Aufgabe eher ein Witz: Allein die Zahl der Ferienwohnungen wird auf 15.000 bis 25.000 geschätzt. Ganz zu schweigen von spekulativem Leerstand und gewerblichen Nutzungen.

Insofern ist das Angebot des Stadtrats Stephan von Dassel sinnvoll, eine »Task Force« zentral für alle Bezirke in Mitte einzurichten, mit 34 Mitarbeitern (siehe Interview Seite 6/7). Nicht nur deshalb, weil ein gut eingespieltes größeres und kompetentes Team wesentlich handlungsfähiger ist als einsame Mitarbeiter in einzelnen Bezirksverwaltungen. Sondern auch deshalb, weil es gerade in Mitte durch den enormen Investorendruck, der seit Anfang der 1990er Jahre auf dem Bezirk lastete, viel Erfahrung im Umgang mit juristischen Fallstricken gibt. Wohl kaum eine andere Bezirksverwaltung musste sich bei der Stadtentwicklung mit so vielen gerichtlichen Auseinandersetzungen herumschlagen und dabei auch bittere Niederlagen hinnehmen.

Aber selbst wenn es vorbildlich umgesetzt wird, reicht das neue Gesetz nicht aus, um die Folgen der politischen Fehler der Vergangenheit, die extrem steigenden Mieten und die Wohnungsnot zu mildern. Es fehlt angesichts des Bevölkerungszuwachses an Wohnungsneubau und auch an einer Umwandlungsverordnung, die die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in besonders betroffenen Gebieten unter Kontrolle stellt. us

Bildecke



Peter Barz

Danke unserem Leser Peter Barz für dieses wunderbare Foto!

Stadtrat im Interview

Stephan von Dassel zur »Task Force« gegen Zweckentfremdung und zur Räumung der Eisfabrik

Seit Januar gilt für Berlin ein neues Gesetz zum Zweckentfremdungsverbot (siehe Seite 5). Demnach ist die Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnungen und oder Gewerberaum wieder genehmigungspflichtig. Für die Genehmigungsverfahren sind die Bezirke zuständig. Der Bezirk Mitte hat nun den Vorschlag gemacht, diese Genehmigungsverfahren für alle Bezirke gesammelt zu übernehmen. Ein Interview mit Stephan von Dassel (Büro/Grüne), Bezirksstadtrat für Soziales und Bürgerdienste in Mitte

Über den Jahreswechsel waren Sie in den Medien gleich mit zwei Themen präsent: Eines davon war Ihr Vorschlag, im Bezirk Mitte eine bezirksübergreifende »Task Force« für die Durchsetzung des neuen Zweckentfremdungsverbots aufzubauen. Wie kamen Sie auf diese Idee? Jeder Bezirk in Berlin sollte ja höchstens zwei zusätzliche Stellen für diese Aufgabe bekommen. Das reicht aber bei weitem nicht. Denn in der Praxis werden sich die Mitarbeiter um viele Angelegenheiten kümmern müssen: nicht nur um Ferienwohnungen, sondern auch um Leerstand und Wohnungen, die für Gewerbe zweckentfremdet werden. Zu klären ist, wo Genehmigungen ausgesprochen werden können und wo nicht. Wir brauchen hier auch juristisch versierte Fachleute, denn die Bescheide, die wir erteilen, müssen vor Gericht Bestand haben. Mit ein oder zwei Mitarbeitern in jedem Bezirk ist das schlicht nicht zu leisten. Insgesamt soll es nun für alle Bezirke 17 neue Stellen geben, die öffentlich ausgeschrieben werden können. Das ist deutlich zu wenig. Als das frühere Zweckentfremdungsverbot 2002 aufgehoben wurde, waren allein in den drei Bezirken Pankow, Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg zusammen rund 100 Mitarbeiter mit dieser Aufgabe befasst, und damals galt das Gesetz noch nicht mal für Ferienwohnungen! Wir wollen deshalb, dass aus dem Personalüberhang des Landes Berlin noch zusätzlich 17 Mitarbeiter zu dieser Arbeitsgruppe versetzt werden, denn gerade am Anfang wird die Arbeitsbelastung enorm sein. Ich bin sicher, dass sich da motivierte und qualifizierte Mitarbeiter finden lassen.

Zweckentfremdung:
»Wir werden auf die Unterstützung aus der Bevölkerung angewiesen sein«

Das wären dann 34 Stellen, für eine Stadt mit schätzungsweise 15.000 bis 25.000 Ferienwohnungen. Das klingt immer noch ziemlich wenig. Natürlich werden die Mitarbeiter nicht auf der Straße nach Zweckentfremdung Ausschau halten können. Wir werden auf die Unterstützung aus der Bevölkerung angewiesen sein, die uns entsprechende Mitteilungen macht. Nach meinem Eindruck werden das auch viele tun, denn von den Zweckentfremdungen gehen ja häufig auch Störungen für die Mieter in der Nachbarschaft aus. Zudem lässt sich im Internet recherchieren, wo Ferienwohnungen angeboten werden. Und dann müssen die Mitarbeiter auch Prioritäten setzen, wo lokal verstärkter Handlungsbedarf besteht – in den Außenbezirken sicherlich weniger als in den Innenstadtbezirken.



Vermieter von Ferienwohnungen versehen die Klingelschilder gern mit prägnanten Codes: mal sind es Namen berühmter Fußballer, mal sind sie eher – wie im Bild – künstlerisch inspiriert.

Wie reagieren die anderen Bezirke auf Ihren Vorschlag, und wie viel Zeit brauchen Sie für die Vorbereitung?

Fünf von elf Bezirken haben bereits positiv reagiert, von den anderen erwarte ich bald eine Rückmeldung. Im Grunde sind doch alle froh, wenn sie diese Aufgabe nicht selbst und allein schultern müssen. Wir brauchen allerdings einige Monate für die Vorbereitung. Die Stellen müssen ausgeschrieben und besetzt, Räume mit moderner Technik eingerichtet werden – und vor allem müssen wir ein gerichtsfestes Genehmigungsverfahren für die Umsetzung entwickeln. Nichts wäre schlimmer, als wenn erlassene Bescheide wegen eines Formfehlers irgendwann für ungültig erklärt werden. Deshalb erwarten wir vom Senat, dass er mit dem formalen Erlass der entsprechenden Verordnung bis zum Sommer wartet.

Gibt es eigentlich Beispiele für andere bezirksübergreifende Arbeitsgruppen?

Durchaus, zum Beispiel beim Kindergeld für die Landesbeschäftigten, beim zentralen Fundbüro oder bei den Bußgeldern für Autowracks, das alles macht jeweils ein einzelner Bezirk für ganz Berlin. Das ist geübte Praxis, aber in einem so »politischen« Bereich wie der Zweckentfremdung wäre das Neuland.

Das heißt, dass Sie und der Bezirk Mitte in diesem Bereich administratives Neuland betreten, was auch Risiken birgt...

Ja. Viele haben mich auch vor diesem Schritt gewarnt, weil er sehr viel Ärger einbringen kann. Aber ich halte das für die sinnvollste Lösung – und letztlich bin ich ja in die Politik gegangen, weil ich gestalten will.

Der andere Fall, der zum Jahreswechsel durch die Medien ging und für den Sie dann als Sozialstadtrat zuständig waren, war die Räumung der ehemaligen Eisfabrik in der Köpenicker Straße. Das Bezirksamt hatte per Gericht den Eigentümer des Grundstücks zu dessen Sicherung verpflichten lassen. Die 23 Bulgaren, die seit zwei Jahren in dem seit vielen Jahren leerstehenden und verfallenden Fabrikgebäude gewohnt hatten, mussten aber – so entschied ebenfalls das Gericht – durch den Bezirk untergebracht werden. Waren Sie überrascht von der Entscheidung? Mehr über den Zeitpunkt als über den Inhalt. Die Nachricht erwischte mich an Weihnachten im Allgäu mit extrem schlechtem Handyempfang. Wir gingen davon aus, dass ein Gerichtsbeschluss erst nach der Weihnachtspause ergehen würde. Inhaltlich folgte das Verwal-

tungsgericht ja der Auffassung des Bezirksamts: der Eigentümer der Eisfabrik wurde zur Sicherung des Grundstücks verpflichtet, da dieses eine Gefahr für Leib und Leben darstellt. Unklar war aber, wie weit die vom Gericht verordnete Unterbringungspflicht für die bisherigen »BewohnerInnen« geht.

Wir brachten die Betroffenen dann zunächst für zehn Tage in Hostels unter. Danach bekamen alle von uns ein Info-Paket zu Anlaufpunkten: Jobcenter, Notunterkünfte, Sozialamt, Jobpoints für befristete Tätigkeiten.

Eisfabrik: »Bewohner haben Anspruch auf Unterbringung«

Inzwischen haben wir uns mit der Senatsverwaltung und den Bezirken verständigt, dass ein Verweis auf Notunterkünfte jedoch nicht ausreicht. Die Betroffenen haben ein Anrecht auf Unterbringung durch den Bezirk. Sofern sie das können, müssen sie sich allerdings an den Kosten beteiligen.

Denn das Gericht wertete deren zweijährige Unterkunft in der Eisfabrik als Wohnen und stellte fest, dass sie somit nach der Räumung »unfreiwillig obdachlos« waren. Wer aber legal nach Deutschland einreist und keine Unterkunft hat oder finanzieren will, gilt dagegen als »freiwillig obdachlos«. Hier sind die Bezirke nicht zu Unterbringung verpflichtet. Im Fall der Eisfabrik war es anders. Aber der Bezirk ist nicht dazu verpflichtet, die Gruppe auch gemeinschaftlich unterzubringen, was sie jedoch einforderte.

Sofern die Menschen in existentieller Not sind, sollten sie als erstes ihre sozialhilferechtlichen Ansprüche klären lassen.

Aber sie haben doch nicht das Recht auf Hartz IV, wenn sie noch nicht in die deutschen Sozialkassen eingezahlt haben – außerdem haben sie ja derzeit keine Meldeadresse.



Die Eisfabrik Anfang Januar. Inzwischen werden die Eingänge zugemauert.

Die Frage der Meldeadresse ist das kleinste Problem. Richtig ist, dass es im Moment völlig unklar ist, welche EU-BürgerInnen wann einen Anspruch auf Leistungen des Jobcenters haben. Sofern jemand ein Jahr sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat, ist klar, dass er bei Arbeitslosigkeit Leistungen der Arbeitsagentur beanspruchen kann. Für alle anderen Konstellationen gibt es die unterschiedlichsten Entscheidungen der Jobcenter und vor allem der Sozialgerichte. Jetzt hat sogar das Bundessozialgericht diese Frage an den Europäischen Gerichtshof verwiesen. Besonders schwierig ist es natürlich, wenn die Menschen offiziell selbstständig sind.

Wenn beispielsweise ein Bulgare belegen kann, mit Pfandflaschensammeln rund 500 Euro im Monat zu verdienen, dann kann er zum Jobcenter gehen und Aufstockung für sich und seine Familie beantragen?

500 Euro wird er wohl eher als Musiker denn als Flaschensammler verdienen. Ergänzende Leistungen des Jobcenters sind aber in solchen Fällen nicht ausgeschlossen. Völlig unklar ist, ab welchem Einkommen eine selbstständige Tätigkeit glaubhaft ist. Sicherlich eher, wenn nur 100 Euro zum Lebensunterhalt fehlen, als wenn nur 50 Euro im Monat verdient werden.

Ein Vorteil von Leistungen durch das Jobcenter wäre, dass sich die Menschen im den normalen »Fördern und Fordern-Kreislauf« der Jobcenter befänden. Das Jobcenter könnte dann verlangen, dass Sprachkurse oder andere Schulungen besucht werden. Und es könnte Menschen helfen, die nur deshalb hilfebedürftig sind, weil sie Hungerlöhne bekommen oder sie gar um den ganzen Lohn betrogen werden.

Wenn die Europäische Union aber nicht irgendwann auch eine soziale Union mit einigermaßen gleichen Lebensbedingungen wird, werden wir immer Probleme wie die in der Eisfabrik bekommen. Da hilft auch die ziemlich widerliche und vor allem rechtlich nicht haltbare Kampagne der CSU nicht weiter.

Interview: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

»Man muss die Menschen in Lohn und Brot bringen«

Ein Interview mit Bosiljka Schedlich über die Einwanderung von Roma nach Berlin. Bosiljka Schedlich ist Geschäftsführerin des »südost Europa Kultur e.V.«, der seit über 20 Jahren Flüchtlinge und Einwanderer aus Südosteuropa betreut, darunter auch viele Roma. Für seine beispielhafte Integrationsarbeit wurde der Verein mit vielen Preisen ausgezeichnet, unter anderem der Louise-Schröder-Medaille des Berliner Abgeordnetenhauses.

Frau Schedlich, das Thema osteuropäischer Migranten ist derzeit sehr eine große und auch politisch hochgekochte Debatte. Wie viele Roma leben eigentlich in Berlin?

Das ist schwer zu sagen. Die Statistik berücksichtigt die Staatsbürgerschaft, nicht aber die ethnische Zugehörigkeit. Und die meisten Roma zeigen nach außen nicht, dass sie Roma sind, aus Furcht vor Diskriminierung – auch in den Herkunftsländern ist das häufig so. Es gibt zum Beispiel auch türkischsprachige, muslimische Roma in Bulgarien, die sich aber meist als Angehörige der ethnischen türkischen Minderheit bezeichnen. Im »südost Europa Kultur e.V.« spielt die Herkunft aber keine Rolle. Wir behandeln jeden Menschen grundsätzlich als eigenständiges Individuum.

Wie sind die Roma in der deutschen Gesellschaft angekommen?

Die Integration der hier lebenden Roma verlief sehr unterschiedlich. Wir müssen zwischen mehreren Einwanderungswellen unterscheiden. In den 1960er Jahren kamen die ersten Gastarbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien hierher. Sie hatten Arbeit und waren in Wohnheimen untergebracht. Diese Gruppe konnte sich problemlos integrieren. Nach dem Tod des damaligen jugoslawischen Regierungschefs Josip Broz Tito begann in den 80er Jahren die erste Vertreibungswelle von Roma aus dem Kosovo und dann, 1991 – also noch vor dem Ausbruch des Bürgerkriegs – die Vertreibung aus Bosnien. Dort waren zuerst vor allem wohlhabende Roma betroffen: Paramilitärs hatten es auf deren Häuser abgesehen.

Vor dem Bürgerkrieg suchten viele Roma Schutz in Deutschland, durften als Flüchtlinge jedoch nicht arbeiten, was sie sehr frustrierte. Aber auch diese Gruppe kam noch relativ gut in der deutschen Gesellschaft an. Unter Tito, im sozialistischen System, war die Schulbildung noch flächendeckend, es gab Arbeit, und die Menschen hatten auch die Perspektive, sich in die Gesellschaft einzubringen.

**»Niemand ist gern auf der Flucht.
Wer seine Heimat verlässt, tut das meist
in extremen Krisensituationen«**

Auffällig ist, dass viele Personen, die die Integration geschafft haben, sich nicht als Roma zu erkennen geben, aus Angst vor Diskriminierung. Dabei wären gerade sie als Vorbilder so wichtig für andere! Die Situation der Roma hat sich in den Herkunftsländern aber seitdem sehr verschlechtert, es gibt keine Arbeit mehr für sie und oft auch keine Schulbildung. Viele jüngere Roma sind Analphabeten. Viele leben in Zuständen, die man in Europa eigentlich nicht mehr für möglich halten würde. Die Zuwanderer von heute kommen oft



Ch. Eckelt

ohne Arbeit und ohne Unterkunft. Dadurch werden sie auch in der Öffentlichkeit sichtbarer – wenn sie zum Beispiel betteln gehen oder Pfandflaschen sammeln. Der Schwarzmarkt floriert. Skrupellose Eigentümer vermieten zu hohen Preisen an die Einwanderer, die oft in völlig überbelegten Wohnungen leben. Das führt zu nachvollziehbaren Problemen etwa mit der Nachbarschaft, für die Lösungen gefunden werden müssen.

Wie sollte man Ihrer Meinung nach mit dieser Situation umgehen?

Niemand ist gern auf der Flucht. Wer seine Heimat verlässt, tut das meist in extremen Krisensituationen. Und nur bestimmte Menschen wagen diesen Schritt überhaupt. Das sind Menschen mit Energie und Risikobereitschaft und auch dem notwendigen Geld für die Reise. Wenn die Gesellschaft klug ist, dann wird sie die Kraft dieser Menschen zu nutzen wissen. Wer eine reale Chance bekommt, nutzt sie in der Regel auch. Am Anfang steht aber die existenzielle Grundlage. Man muss die Menschen in Lohn und Brot bringen. Denn wer arbeitet, der bringt auch seine Kinder in die Kita und in die Schule. Wer jedoch von Almosen leben muss, kann nur an das kurzfristige Überleben denken. Ich habe die Hoffnung, dass sich die Situation vieler Roma verbessern wird, weil sie jetzt die Möglichkeit haben, sich hier in Deutschland eine reguläre Arbeit zu suchen.

Wie unterstützen Sie die Menschen konkret?

Wir beraten, betreuen und begleiten die Menschen in die Regeldienste, wir führen unterschiedliche Bildungs- und Integrationsangebote durch. Kinder und Jugendliche wollen wir natürlich besonders fördern. In unserem Jugendprojekt erhalten die Heranwachsenden wichtige Wissensgrundlagen, die sie dazu befähigen sollen, eine reguläre Schule zu besuchen oder eine Berufsausbildung zu beginnen. Sie lernen, über unsere Gesellschaft zu reflektieren und sich in ihr zu orientieren.

Das allgemeine Problem der Armut und der Diskriminierung muss meiner Meinung nach vor allem in den Herkunftsländern gelöst werden. Dazu sind weiterhin EU-Fördermittel und der politische Wille notwendig – und vor allem gut ausgebildete Menschen.

Das Interview führten Nathalie Dimmer und Christof Schaffelder

eckensteher

Der verschwundene Weddingplatz



Ch. Eckelt

Der Weddingplatz am südlichen Ende der Müllerstraße war mit seinen vielen Einzelhandelsgeschäften, den Lichtspieltheatern und der Dankeskirche früher ein pulsierender Ort. Im Laufe der Zeit musste er jedoch herbe Schicksalsschläge erleben. Gerade deswegen steht dieser Ort mitsamt den Zerstörungen und den Bausünden der 1970er Jahre symbolisch für die Geschichte des Wedding. Die neue Dankeskirche jedoch sollte man sich unbedingt von innen ansehen!

Im Jahr 1883, als die Dankeskirche errichtet wurde, zeigte sich das Umfeld des Schmuckplatzes, der im Zuge der Hobrechtschen Stadtplanung entstanden war, noch als karge Landschaft mit vereinzelt Bauerngehöften und Ausflugsgaststätten. Die Kirche mit ihren 1200 Plätzen hatte einen hohen Symbolwert. Sie war ein »Geschenk« von Kaiser Wilhelm I., mit dem er sich bei Gott bedanken wollte: Kurz zuvor hatte er ein auf ihn verübtes Attentat überlebt. Sein blutdurchtränkter Mantel hängt heute als Geschichtsdokument im Deutschen Historischen Museum.

30 Jahre später hatte die stürmische Entwicklung Berlins auch den damals aufstrebenden Arbeiterbezirk Wedding erreicht. Straßenbahnen ratterten von hier aus nach Reinickendorf, Pankow und Kreuzberg. Die große Markthalle in der heutigen Schönwalder Straße versorgte die Menschen mit Lebensmitteln. Das wenige Meter entfernte Warenhaus »Hertie« war auch ein aufsehenerregendes Novum. Von der Reichspost in der Schulzendorfer Straße schwärmten dreimal am Tag die Postboten aus. Abends füllten sich die Kinos wie das »Welt Theater« in der Müllerstraße 7 oder das »Rialto« in der Reinickendorfer Straße 14. Oder man vergnügte sich im »Theater des Weddings« in der Sellenstraße/Ecke Müllerstraße. Zum Großstadtleben gehörte aber auch, dass die Schornsteine des »roten Schlosses« vom Apotheker Schering und der norddeutschen Brauerei an der Panke sowie das nahegelegene Gaswerk die Kirche und den Platz immer wieder in graue Abgasschwaden tauchten.

In den 1920er und 1930er Jahren beschrieben Presse und Literatur den Weddingplatz als einen Ort der Straßenkämpfe im »Roten Wedding«. Es war die Zeit der Weltwirtschaftskrise, der Inflation, der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten – und auch der Vor-

abend des Zweiten Weltkriegs, ausgelöst von den Nazis. Der Krieg trifft später auch den Wedding hart: Bomben der Alliierten, die die Nazis bekämpfen, treffen auch die Dankeskirche, die weitgehend zerstört wird.

In der Nachkriegszeit wird die Ruine der Kirche abgerissen und der Platz den modernen Verkehrsströmen geopfert. Der Bau der Mauer rückte den Weddingplatz zudem an die Peripherie des gleichnamigen Bezirks. Derweil konnten Angehörige der Dankesgemeinde vorläufig nur in einer Notkirche auf einem benachbarten Friedhof ihrem Glauben nachgehen: Der Neubau, den die Gemeinde später durchsetzte, ließ noch einige Jahre auf sich warten.

Die Bauarbeiten wurden 1972 abgeschlossen. Auf dem Weddingplatz war allerdings keine Großstadtkirche mehr entstanden, sondern ein Kirchlein mit 300 Sitzplätzen, das die Höhe der umliegenden Häuser nicht mehr erreicht und von außen fast unscheinbar wirkt.

Ein Besuch lohnt sich dennoch, aber unbedingt bei Tageslicht: Der Architekt Fritz Bornemann hat im Inneren einen eindrucksvollen Raum erschaffen, dessen Lichtspiel eine intensive Stimmung erzeugt, der sich auch nicht-religiöse Menschen kaum entziehen können.

An der Stelle des einstigen »Welt Theaters« steht heute ein Parkhaus, am Standort des früheren »Theaters des Weddings« ein Verwaltungsgebäude. Der 14-stöckige Firmensitz von Schering (heute Bayer HealthCare) aus den 1970er Jahren dominiert den Stadtraum, der Weddingplatz ist aus der öffentlichen Wahrnehmung fast verschwunden.

Eberhard Elfert/us/cs

Infos unter: <http://weddingplatz.wordpress.com>

10 Jahre Prime Time Theater

... und eine reguläre Förderung

Nach zehn Jahren seiner Existenz hat es das Prime Time Theater endlich geschafft. Es verfügt über einen eigenen Titel im Berliner Kulturhaushalt und kann in diesem und im nächsten Jahr mit jeweils 120.000 Euro Fördermitteln rechnen. Quizfrage: Wie viele Folgen »Gutes Wedding Schlechtes Wedding« muss ich mir gönnen, um in den Genuss so vieler Subventionen zu kommen wie bei einem einmaligen Besuch der Staatsoper Berlin? (Die Auflösung finden Sie am Ende des Artikels.)

Öffentliche Förderung hat das Prime Time auch schon früher erhalten. Zunächst recht spärlich über diverse Quartiersmanagement-Töpfe im Gebiet Soldiner Straße. Hier startete am 10. Januar 2004 in einem wohnzimmerähnlichen, winzigen Ladenraum in der Freienwalder Straße die Folge 1 »Die Party« der Kultserie »Gutes Wedding Schlechtes Wedding« (GWSW) vor ca. 35 Zuschauern.

Voraussichtlich 230 Gäste werden am kommenden 14. Februar die 89. GWSW-Folge »Dönerlovebox« in der Müllerstraße 163 besuchen, die – wie der Namen ja sagt – auch wieder pünktlich zur »Prime Time«, also um 20.15 Uhr beginnt.

Die Investition in den Ausbau des Theaters am Kurt-Schumacher-Haus wurde unter anderem aus Mitteln des Förderprogrammes »Aktive Zentren« und der Lottostiftung unterstützt. Zwischendurch hat das Prime Time auch mal 50.000 Euro im Jahr aus der Spielstättenförderung des Landes bekommen, dann aber auch mal wieder nicht, was wiederum große Probleme (und Schulden) zur Folge hatte. Ein eigener Haushaltstitel ist demgegenüber eine deutliche Verbesserung – man ist dann nicht ganz so den aktuellen Vorlieben der Finanz- und Kulturpolitik ausgeliefert.

Im ihrem elften Jahr am Prime Time wird Constanze Behrends »nur« noch als Autorin und Regisseurin an »Gutes Wedding Schlechtes Wedding« mitwirken, aber nicht mehr als Darstellerin. Sie schreibt inzwischen auch Folgen für »Gutes Essen, schlechtes Essen«, das in der gleichnamigen Ruhrgebietsstadt aufgeführt wird, und kommt in den letzten 10 Jahren auf rekordverdächtige 111 aufgeführte Episoden.

Seit der Gründung des Prime Time hat sich eine Tatsache jedoch kaum geändert: Die Vorstellungen sind fast alle ständig ausverkauft. Das Theater hat eine Auslastung von 95%, lediglich im Sommerloch bleiben im Theater mal Sitze frei, dann ist die Spielstätte nur zu 80% ausgebucht.

Das Prime Time hat allerdings nicht vor, die Müllerstraße 163 zugunsten eines größeren Theatersaales zu verlassen. »Ich mache ja auch die Abendkasse,« erzählt der Begründer, Schauspieler und Geschäftsführer Oliver Tautorat, »und möchte in unserer Einlasszeit zwischen 19.00 und 19.45 Uhr jedem Gast die Hände schütteln und ihn begrüßen können. Bei einer größeren Spielstätte wäre das nicht mehr möglich. Von dieser persönlichen, intimen Atmosphäre aber leben wir!«

Bei insgesamt 240 Aufführungen kommt das Prime Time Theater auf gut 52.000 Besucher im Jahr – früher waren die Spielstätten deutlich kleiner, dennoch dürften inzwischen über 300.000 Zuschauer die Aufführungen gesehen haben. Dabei waren allerdings viele gleich mehrere Male im Theater.

Wir nähern uns der Auflösung der eingangs gestellten Quizfrage. Laut Berliner Morgenpost betrug die Subvention der Staatsoper im Jahr 2012 durchschnittlich 240,30 Euro pro Besucher. Jede Karte im Prime Time wird dagegen ab sofort mit rund 2,30 Euro öffentlich gefördert. Nach weiteren 105 Folgen GWSW (Ende 2025) hätte ein Dauerstammgast der Wedding Bühne das Subventionsniveau des einmaligen Opernbesuches erreicht. cs



Janina Heppner

Gutes Wedding Schlechtes Wedding: Folge 89: »Dönerlovebox«, ab 14.2. im Prime Time

Der Dönerbudenbesitzer Ahmed Ölgür hat keine Lust mehr, immer der Liebeskummerkasten für seine Gäste zu sein, und stellt zum Valentinstag eine »Dönerlovebox« in seinem Laden auf. Hier können sich frisch Verliebte und frisch Verzweifelte Rat in Liebesdingen holen und ganz nebenbei Ahmeds Umsatz steigern. Die Kitaerzieherin Hülia fragt die Lovebox, ob ihr Mann sie noch liebt. Der dicken Tina wird prophezeit, sie träfe heute den Mann ihres Lebens. Prompt verliebt sie sich in den Tätowierer Ingo. Kalle verliebt sich beim Kitafasching in die sonst so unattraktive Frauke, die jedoch im sexy Zimmermädchenkostüm eine gute Figur macht. Und Ratte (im Bild rechts) will wissen, wer der unbekannte Batman (links) ist, der sie davor gerettet hat, von einem Auto überfahren zu werden.

Text und Regie: Constanze Behrends, mit: Cynthia Buchheim, Alexandra Marinescu, Oliver Tautorat und Daniel Zimmermann
Reservierungsanfrage: (030) 49 90 79 58

Müller Ecke Afrika

Eine filmische Liebeserklärung ans Afrikanische Viertel



Andy Fiebert

Die Ausstrahlungskraft eines Kiezes äußert sich nicht unbedingt in einer hohen Kneipen- und Touristendichte. Sie zeigt sich auch, wenn plötzlich kulturelle Liebeserklärungen auftauchen – so wie unlängst im Afrikanischen Viertel.

In der neu eröffneten Bar »Flop« in der Lüderitzstraße 74 hatte am 11. Januar eine professionell produzierte Dokumentation Premiere: »Müller Ecke Afrika« heißt das Werk des Filmemachers Martin Helmbrecht: drei ca. zwanzigminütige Kurzfilme wurden vorgestellt. Einer portraitiert Bakri Maslmani, den Betreiber des »Flop«. Ein weiterer Kurzfilm setzt sich mit den – wegen der deutsch-afrikanischen Kolonialgeschichte umstrittenen – Straßennamen aus der Sicht zweier afrikanischer Aktivisten auseinander (Israel Kaunatjike und Mnyaka Sururu Mboro vom »Berlin postkolonial e.V.«). Der dritte Film zeigt Robert »Rob« Stöwhase von »Roy Dunn's Western Store« in der Kameruner Straße 3.

Zur Qualität der Filme nur soviel: Das »Flop« war rappellvoll. Zuschauer schwiegen atemlos, lachten, grübelten – und wünschten sich am Ende einfach nur noch mehr ... Leider kann man bei Filmen schwerlich Zugaben geben.

Der freiberufliche Dokumentarfilmer Martin Helmbrecht wohnt schon seit elf Jahren an der Ecke Kameruner/Lüderitzer Straße. »In den ersten Jahren hat mich der Kiez hier kaum interessiert,« erzählt er, »ich habe hier einfach nur gewohnt, mein persönliches Umfeld mit Freunden usw. war woanders, in Kreuzberg oder Prenzlauer Berg. Vor etwa drei Jahren hat sich das aber geändert. Da hat sich der Wedding spürbar belebt, ohne dass es so »hip« geworden wäre wie in Neukölln. Und da bin ich neugierig geworden.«

Als ihm dann Anfang letzten Jahres ein Auftrag wegplätzte, mit dem er eigentlich fest gerechnet hatte, kam ihm die Idee, in der nun frei gewordenen Zeit Kurzfilme über das Viertel zu drehen – ohne Auftrag, ohne Bezahlung, ohne öffentliche Förderung. Einfach als freiwillige No-Budget-Produktion, ins Blaue hinein. »Das ging aber nur, weil auch der Kameramann Andy Fiebert und der Komponist Josh Duell (alias George Roedel) mitzogen und ohne Bezahlung an dem Projekt gearbeitet haben.« Normalerweise dreht Martin Helmbrecht, der früher bei der Deutschen Welle in der Voltastraße gearbeitet hat, mit diesem Team vor allem Lehrfilme für Erwachsenenbildung und -weiterbildung.

»Natürlich versuche ich jetzt, die Filme im Fernsehen, etwa beim RBB unterzubringen. Ob das klappt, steht aber noch in den Sternen.« Deshalb kann sie Martin Helmbrecht auch nicht einfach ins Internet stellen. Dennoch möchte er sie gerne weiter bei öffentlichen Vorführungen zeigen, bei Festivals etwa, aber natürlich auch gern in Wedding Einrichtungen. Dabei ist er für alle Anregungen und Hinweise offen »Es ist einfach ein tolles Gefühl mitzubekommen, wie das Publikum auf den Film reagiert. Das ist auch eine Art Lohn für die ganze Arbeit, die man hineingesteckt hat. Und es hilft auch dabei, die Stärken und Schwächen der Arbeit zu erkennen.«

Von den Filmen profitiert auch das Image des Afrikanischen Viertels und mit ihm das des gesamten Wedding. Eine Premierenbesucherin sagte: »Mensch, bei mir in Charlottenburg, da gibt es so was gar nicht. Mein Kiez ist eher langweilig. Und hier ist es so bunt und so schön multikulti!«

Christof Schaffelder

Kontakt: Martin Helmbrecht, Telefon (030) 28 38 48 79, Mobil: (0179) 45 06 100, mail@martinhelmbrecht.de facebook.com/afrikanischesviertel

Kinder und Jugendjury Pankstraße

Im Quartiersmanagementgebiet Pankstraße können Kinder und Jugendliche bis 22 Jahre eigene Projektideen entwickeln und einer Kinder- und Jugendjury am 15. März im Haus der Jugend vorstellen. Die kann dann bis zu 500 Euro für die Umsetzung der Projekte freigeben.

Die Projekte sollten einen Bezug um QM-Gebiet Pankstraße haben. Dort gibt es zahlreiche Jugendeinrichtungen, Kitas und Schulen, darunter alleine vier Grundschulen, nämlich die Albert Gutzmann-, die Erika-Mann-, die Humboldthain- und die Wedding-Grundschule. In der Vergangenheit wurden zum Beispiel Fußballturniere zwischen den Schulen gefördert. Aber auch Projekte, die nicht direkt einer Einrichtung zugeordnet sind haben eine gute Chance, zum Beispiel zur besseren Ausstattung von Wohnhöfen mit Spielgeräten.

Die Kinder- und Jugendjury wird vom Kulturen im Kiez e.V. im Auftrag des Quartiersmanagements organisiert und findet bereits seit 2011 jährlich statt. Genauere Informationen und ein Anmeldeformular findet sich auf der Website des QM, www.pankstrasse-quartier.de



Informationen und Dokumentationen
zum Aktiven Zentrum Müllerstraße
sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung
finden Sie auf der Website:
www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse
- Aktives Stadtzentrum
- - Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Ordnung: Carsten Spallek
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
baustadtrat@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Amtsleiterin: Frau Laduch, Zimmer 106
(030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9.00–12.00 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32

Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
Dr. Elke Pistorius (030) 9018 45779
elke.pistorius@ba-mitte.verwalt-berlin.de
René Plessow (030) 9018 45409
rene.plessow@ba-mitte.berlin.de
Claudia Jahns (030) 9018 45463
claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Alt Moabit 73, 10555 Berlin
Karsten Scheffer, Nadine Fehlert
(030) 85 75 77 26
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Geschäftsstraßenmanagement
Planergemeinschaft
Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin
(030) 88 59 14-0, (030) 88 59 14 32
Gabriele Isenberg-Holm
g.isenberg@planergemeinschaft.de
Winfried Pichierra
w.pichierra@planergemeinschaft.de
www.planergemeinschaft.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Sprecher: Maria Breinfeld-Markowski,
Peter Arndt,
Karl-Heinz Schneider-Bodenbender
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
Sprechstunde: freitags, 13–15.00 Uhr
(030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de

StandortGemeinschaft Müllerstraße
c/o Steuerberatung bpw
Müllerstraße 138b, 13353 Berlin
info@muellerstrasse-wedding.de
www.muellerstrasse-wedding.de

Soziales Platzmanagement Leopoldplatz
Team Leo, Schumannstr. 5, 10117 Berlin
(030) 28 30 23 15
teamleo@gangway.de
Sanda Hubana (0157) 37 73 12 36
Axel Illesch (0172) 202 61 82

Runder Tisch Leopoldplatz
Kontakt: Heinz Nopper
Präventionsrat
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-325 70

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Quartiersmanagement Sparrplatz
Burgsdorfstraße 13 A, 13353 Berlin
(030) 46 60 61 90
qm-sparrplatz@list-gmbh.de
www.sparrplatz-quartier.de